

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen die Wirtschaftskrise: Langzeitarbeitslosigkeit verhindern

Langzeitarbeitslosigkeit ist teuer: Nicht nur fallen dafür Kosten in der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe an, sondern meist auch nicht unerhebliche Gesundheits- und Sozialkosten. Aus diesem Grund sollte Langzeitarbeitslosigkeit auf jeden Fall möglichst verhindert werden.

Besonders gefährdet sind neben den Jugendlichen und MigrantInnen besonders auch Leute ab 50 mit einem geringen Bildungsruksack. Oft ist die Gefährdung schon „chronifiziert“: In jeder Konjunkturkrise fallen diese Leute ins gleiche Loch. Eine gute „Therapie“ müsste also bei den Ursachen ansetzen.

Neben aktuellen Präventions-Massnahmen, welche die heutige akute Situation auffangen sollten, müssten unbedingt auch langfristig wirkende angegangen werden: Aus- und Weiterbildung, gute Abklärung des Kompetenzen-Portfolios, Begleitung und Beratung während Phasen der Weiterentwicklung, Case-Management usw. Ev. Wären sogar ein „Erwachsenenbildungsbonus“ zu überlegen (siehe Kanton Genf), welche in Zusammenarbeit mit kantonalen Stellen (GEF, beco, ERZ) zur gezielten Reintegration eingesetzt werden könnten.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Die Regionalkonferenz und die Kontakte des Wirtschaftsamtess sollen in Zusammenarbeit mit dem Kanton dazu genützt werden, Langzeitarbeitslosigkeit auf breiter Basis zu verhindern und zu bekämpfen.
2. Mit einem gemeinsamen Massnahmenpaket sollen von Langzeitarbeitslosigkeit Gefährdete frühzeitig erfasst, betreut, beraten und begleitet werden. Dazu braucht es einen breiten Verbund von Kanton, regionalen Strukturen und Gemeinden. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist unerlässlich.
3. Ein gemeinsames breit gefächertes Bildungsangebot soll so vermittelt werden, dass die Chancen auf Integration in die Arbeitswelt optimal gesteigert werden können. Betroffene müssen gut beraten und begleitet werden.
4. Gemeinsam mit dem Kanton, den Gemeinden und den Bildungsinstitutionen ist ein System des „Erwachsenenbildungsbonus“ auszuarbeiten, welche dafür als Anreiz eingesetzt werden könnte.

Bern, 11. Juni 2009

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, Miriam Schwarz, SP): Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Guglielmo Grossi, Leyla Gül, Corinne Mathieu, Giovanna Battagliero, Rithy Chheng, Ursula Marti, Nicola von Greyerz, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Daniela Schäfer, Beni Hirt

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 9. Dezember 2009

Der Gemeinderat